

15. Sitzung vom Montag, 5. Februar 2024, 19.00 Uhr, ref. Kirchgemeindesaal

Anwesend:	Stadtparlament 25 Mitglieder
	Stadtrat Mark Eberli, Stadtpräsident Daniel Ammann Frauke Böni Rosa Pfister-Kempf Andrea Spycher Andreas Müller Markus Surber Christian Mühlethaler, Stadtschreiber
Entschuldigt:	Christoph Meier Elisabeth Stäger Géraldine Wirth
Vorsitz:	Thomas Obermayer, Parlamentspräsident
Protokoll:	Sandra Lobsiger, Parlamentssekretärin
Weibeldienst:	Die Anwesenheit des Weibeldiensts ist nicht erforderlich

Die Sitzung des Stadtparlaments ist öffentlich.



Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats, die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Behördenmitglieder sowie die Medienschaffenden und das Publikum.

Der Vorsitzende bittet alle Anwesenden, bei Wortmeldungen nach vorne zu kommen und das Mikrofon zu benutzen.

Auszählung des Stadtparlaments

Die Auszählung ergibt 25 anwesende Parlamentsmitglieder. Das Stadtparlament ist somit gemäss Art. 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtparlaments (GeschO) beschlussfähig.

Das absolute Mehr liegt bei 13 Stimmen.

Sitzungseinladung

Die Parlamentsmitglieder sind fristgerecht und ordnungsgemäss zur Sitzung eingeladen worden.

Traktandenliste

Britta Müller-Ganz stellt den Antrag, das Traktandum 6 «Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudget (Globalbudgetverordnung) – Genehmigung» vor Traktandum 5 «Auflösung WoV-Organisation» zu behandeln.

Das Stadtparlament ist damit einverstanden.

Es liegen keine weiteren Bemerkungen oder Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Traktandenliste vor. Die Traktandenliste wird wie folgt genehmigt:



Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2023
2. «Abschaffung Grundsatzbeschlüsse» Motion von Sven Zimmerli – Bericht des Stadtrats
3. Schulhaus Lindenhof, Sanierung der Heizanlage – Kreditabrechnung
4. Hans-Haller-Gasse 9, Umnutzung zum Therapiezentrum – Kreditabrechnung
5. Verordnung über die Haushaltführung mit Globalbudget (Globalbudgetverordnung) – Genehmigung
6. Auflösung WoV-Organisation
7. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
8. Diverses

Eingang von neuen Vorstössen

Dominik Berner hat am 29. Januar 2024 den Antrag an die Geschäftsleitung des Stadtparlaments «E-Beschlüsse der Kommissionen» eingereicht.

Die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats haben den Antrag erhalten. Ob der Antrag den Anforderungen der Geschäftsordnung entspricht, wird noch durch die Geschäftsleitung geprüft.

Wortlaut:

«Laut der Geschäftsordnung des Stadtparlaments Bülach vom 7.11.2022 (gültig ab 1. Januar 2023) sind Anträge und Beschlüsse der Kommissionen schriftlich und unterschrieben einzureichen.

- *Art 30: Die Kommissionen erstatten ihre Berichte und Anträge mündlich oder schriftlich. Die Anträge sind in Form von Beschlüssen abzufassen. Art 75: Die Korrespondenzen und Beschlüsse der Kommissionen werden durch die Präsidenten und die Aktuare unterzeichnet. Protokollauszüge werden durch den Aktuar allein unterzeichnet.*

Aktuell gängige Praxis ist, dass diese Beschlüsse in Papierform abgefasst, unterschrieben und beim Parlamentssekretariat eingereicht werden. Eine rein digitale Einreichung der Beschlüsse ist jedoch aus technischer Sicht machbar und zeitgemäss.

Ich beantrage bei der Geschäftsleitung:

- *Eine Prüfung, inwiefern eine rein digitale Abarbeitung der Kommissionsbeschlüsse legal ist.*
- *Die Ausarbeitung eines Konzepts, wie Berichte und Beschlüsse rein digital eingereicht werden können. Die Ausarbeitung von allfälligen Anpassungen an der Geschäftsordnung für die Umsetzung der digitalen Beschlüsse.»*

Die Begründung des Antrags an die Geschäftsleitung wird für die kommende Parlamentssitzung traktandiert.



Beantwortung von Vorstössen

Seit der letzten Parlamentssitzung vom 11. Dezember 2023 sind keine Vorstösse beantwortet worden.

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2023

Es gibt keine Anmerkungen oder Korrekturen zum Protokoll. Es wird der Verfasserin verdankt.

Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigt das Protokoll einstimmig.

Traktandum 2

«Abschaffung Grundsatzbeschlüsse» Motion von Sven Zimmerli – Bericht des Stadtrats

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, es solle beschliessen:

1. Das Stadtparlament nimmt den vorliegenden stadträtlichen Bericht vom 23. August 2023, zur Motion von Parlamentarier Sven Zimmerli betreffend «Abschaffung Grundsatzbeschlüsse», zur Kenntnis.
2. Die Motion von Parlamentarier Sven Zimmerli und Mitunterzeichnende betreffend «Abschaffung Grundsatzbeschlüsse» wird im Sinne dieses Berichts abgeschrieben.

Eintretensdebatte

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der Kommission Bevölkerung & Sicherheit vor.

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit empfiehlt das Geschäft einstimmig zur Annahme.



Nicht beschlussrelevante Bemerkung Kommission Bevölkerung & Sicherheit

Die Fachkommission begrüsst, dass die Diskussion um die Abschaffung der Grundsatzbeschlüsse im Zuge einer Teilrevision der Gemeindeordnung mit mehreren Änderungen bis Ende der laufenden Legislatur stattfinden wird.

Der Vorsitzende übergibt das Wort der Referentin der Kommission Bevölkerung & Sicherheit.

Patrizia Grütter: «Die Fachkommission begrüsst, dass die Diskussion um die Abschaffung der Grundsatzbeschlüsse im Zuge der Teilrevision von der Gemeindeordnung mit mehreren Änderungen bis zum Ende von der laufenden Legislatur stattfinden wird. Aber wir möchten betonen, dass die Fachkommission nicht einstimmig hinter der effektiven Abschaffung der Grundsatzbeschlüsse steht, sondern dass wir es als wichtig erachten, dass weiterhin ein ähnliches Instrument besteht respektive, dass die Diskussion darüber ausführlich geführt wird, und das wird sie auf jeden Fall bei einer Teilrevision von der Gemeindeordnung. Vielleicht entstehen ja sinnvollere Ideen daraus als der Status Quo. Wir bleiben am Ball.»

Es liegen keine Ergänzungen von Mitgliedern der Kommission Bevölkerung & Sicherheit vor.

Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung, da alles gesagt sei.

Fraktionserklärungen

Der Vorsitzende erteilt das Wort Britta Müller-Ganz.

Britta Müller-Ganz (FDP): «Die FDP-Fraktion ist weiterhin überzeugt, dass das Parlament mit den Grundsatzbeschlüssen dem Stadtrat eine Grundhaltung und Stossrichtung für die Ausarbeitung der Legislaturziele geben kann. Es handelt sich um ein strategisches Instrument des Parlaments. Wir sind deshalb gegen die Abschaffung der Grundsatzbeschlüsse in der Gemeindeordnung und werden das Vorhaben in Zukunft nicht unterstützen. Die FDP-Fraktion wird für die Abschreibung der Motion votieren, jedoch nicht im Sinne der stadträtlichen Begründung.»



Sven Zimmerli (SVP/EDU): «Die Motion «Abschaffung Grundsatzbeschlüsse» beauftragt den Stadtrat, dem Stadtparlament jeweils eine revidierte Fassung der Gemeindeordnung (GO) sowie der Geschäftsordnung des Stadtparlaments vorzulegen, in denen die Grundsatzbeschlüsse ersatzlos entfallen. Der Stadtrat unterstützt dieses Ansinnen; in diesem Sinne verfasste der Stadtrat im Dezember 2022 auch die Antwort zum Postulat Thomas Obermayer betreffend Ersatz der Grundsatzbeschlüsse. Allerdings ist eine (Teil-)Revision der Gemeindeordnung ein aufwändiges, längerfristiges Verfahren, da Änderungen in der Gemeindeordnung primär vom Souverän beschlossen werden und weiter auf kantonaler Stufe, vom Regierungsrat, formell genehmigt werden müssen. Die Änderung der Geschäftsordnung des Stadtparlaments kann aufgrund der Gesetzesrangfolge erst nach der Revision der Gemeindeordnung entsprechend angegangen werden.»

Andreas Scheuss (Grüne): «Die Grundsatzbeschlüsse – unsere Bülacher Spezialität. Die haben uns zu Beginn der Legislatur einiges beschäftigt. Schon bei der Überweisung der Motion hatten wir gesagt, dass man sie abschaffen könne. Und wie damals auch erwähnt wurde, ist es nicht so einfach und braucht eine Teilrevision. Wie mein Vorredner gesagt hat. Das hätte man auch einfacher haben können, wenn man in der letzten Legislatur dies bei der allgemeinen Überarbeitung der Gemeindeordnung und anschliessend bei der Geschäftsordnung des Stadtparlaments gemacht hätte. Warum war die Erkenntnis also noch nicht in der letzten Legislatur gekommen? Warum der Sinneswandel jetzt? Nun ja, mein Verdacht ist, dass sich die rechte Ratshälfte mit den Grundsatzbeschlüssen in der letzten Legislatur erhofft hatte, die Gewaltenteilung ein Stück weit auszuhebeln. Und eine Art Koalitionserklärung – oder wie man dies auch immer betiteln will – durchbringen wollte. Richtigerweise ging das nie wirklich auf. In der neuen Legislatur kam noch dazu, dass im Stadtparlament andere Mehrheitsverhältnisse herrschen. Die «alte Garde» von der letzten Legislatur ist nicht mehr da, welche so darauf pochte. Jetzt im neuen Licht und neuem Personal, kann man dies nüchterner betrachten und entweder reformieren oder gleich ganz abschaffen. In der Motion ist erwähnt, dass der zweite Weg gewählt wird. In der Kommissionserklärung steht, dass dies nochmals geprüft wird. Wir sind für beides offen. Die Fraktion der Grünen nimmt die Antwort der Motion und das weitere Vorgehen positiv zur Kenntnis. Wir freuen uns, dass diese Spezialität nun endlich gegessen ist.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.



Detailberatung

Es gibt keine Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Abstimmung

Das Stadtparlament nimmt den stadträtlichen Bericht vom 23. August 2023 mit 22 Ja- zu 3 Nein-Stimmen zur Kenntnis.

Die Motion von Sven Zimmerli und Mitunterzeichnenden betr. «Abschaffung Grundsatzbeschlüsse» wird im Sinne des Berichts abgeschrieben.

Traktandum 3

Schulhaus Lindenhof, Sanierung der Heizanlage – Kreditabrechnung

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, es wolle beschliessen:

1. Die Kreditabrechnung über die Sanierung der Heizungsanlage beim Schulhaus Lindenhof wird mit Aufwendungen von 674 189.98 Franken und mit einer Kreditunterschreitung von 64 570.02 Franken genehmigt.

Eintretensdebatte

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der Rechnungsprüfungskommission vor.

Die RPK empfiehlt das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Die RPK verzichtet auf eine Wortmeldung.

Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.



Fraktionserklärungen

Es gibt keine Fraktionserklärungen.

Detailberatung

Es gibt keine Wortmeldung aus dem Stadtparlament.

Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigt einstimmig die Kreditabrechnung für die Sanierung der Heizanlage im Schulhaus Lindenhof mit Aufwendungen von 674 189.98 Franken und einer Kreditunterschreitung von 64 570.02 Franken.

Traktandum 4

Hans-Haller-Gasse 9, Umnutzung zum Therapiezentrum – Kreditabrechnung

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, es wolle beschliessen:

1. Die Kreditabrechnung über die Umnutzung zum Therapiezentrum Hans-Haller-Gasse 9 wird mit Aufwendungen von 662 843.48 Franken und einer Kreditunterschreitung von 38 790.52 Franken genehmigt.
2. Der Bereich Finanzen wird beauftragt, in der Anlagebuchhaltung bei der Anlage-Nr. ANR00962 die Ausstattungen im Betrag von 105 754.45 Franken auf die neue Anlage-Nr. ANR01123 mit einer Nutzungsdauer von 8 Jahren umzubuchen.



Eintretensdebatte

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der Rechnungsprüfungskommission vor.

Die RPK empfiehlt das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Der Vorsitzende übergibt das Wort der Referentin der RPK.

Belma Dietrich: «Durch den Umzug des Stadtbüros und der Abteilung Bildung im Jahr 2021 in das neue Stadthaus, suchte man für die Hans-Haller-Gasse 9 nach einer neuen Nutzungsmöglichkeit. Da die Therapiefachstelle mehr Platz benötigt, sind die Räumlichkeiten der Hans-Haller-Gasse ideal geeignet. Somit kam im Mai 2021 der Verpflichtungskredit vors Stadtparlament, wo dieser auch bewilligt wurde. Der Gesamtkredit beträgt zuzüglich der zwischenzeitlich eingetretenen, positiven Bauteuerung von 1,1 Prozent 701 634 Franken. Die Bauabrechnung ist mit einer Kreditunterschreitung von 5,5 Prozent oder 38 790 Franken abgeschlossen worden. Die Hauptdifferenzen ergeben sich aus dem Punkt 1 *Vorbereitung* (-46 882 Franken) und dem Punkt 9 *Mobiliar* (17 754 Franken). Die Begründungen für die Unterschreitungen sind Verwendungen von günstigeren Leuchten als im KV kalkuliert waren, es sind auch weniger Leitungen als angenommen ersetzt worden. Dazu wirkt sich ein Vergabeerfolg positiv auf die Kosten der Sanitärarbeiten aus. Beim Mobiliar konnte das bestehende Mobiliar doch nicht mehr verwendet werden und wurde somit ersetzt. Zur Anlagenbuchhaltung: Der Betrag von 105 754 Franken ist aktuell in der Anlagekasse der Hochbauten und soll in die Anlagekasse der Mobilien mit einer Nutzungsdauer von acht Jahren zugewiesen werden. Dementsprechend ist der Betrag der Anlage-Nr. ANR00962 auf die Anlage-Nr. ANR01123 umzubuchen. Die RPK empfiehlt gemäss Antrag und Weisung die Annahme des Geschäfts. Besten Dank.»

Es liegen keine Ergänzungen von Mitgliedern der RPK vor.

Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.

Fraktionserklärungen

Es gibt keine Fraktionserklärungen.



Detailberatung

Es gibt keine Wortmeldung aus dem Stadtparlament.

Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigt einstimmig die Kreditabrechnung über die Umnutzung Hans-Haller-Gasse 9 zum Therapiezentrum mit Aufwendungen von 662 843.48 Franken und einer Kreditunterschreitung von 38 790.52 Franken.

Der Bereich Finanzen wird beauftragt, in der Anlagebuchhaltung bei der Anlage-Nr. ANR00962 die Ausstattungen im Betrag von 105 754.45 Franken auf die neue Anlage-Nr. ANR01123 mit einer Nutzungsdauer von 8 Jahren umzubuchen.

Traktandum 5

Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudget (Globalbudgetverordnung) – Genehmigung

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, es wolle beschliessen:

1. Die Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudget wird genehmigt.
2. Der Stadtrat wird mit der Inkraftsetzung beauftragt.
3. Die WoV-Broschüre vom 1. Januar 2011 wird aufgehoben.
4. Der Beschluss unterliegt, gestützt auf Art. 14 der Gemeindeordnung, dem fakultativen Referendum.
Wird das Referendum ergriffen, wird die Geschäftsleitung des Stadtparlaments mit der Ausarbeitung des Beleuchtenden Berichts beauftragt.

Dominik Berner: «In der letzten Woche hatten wir eine Diskussion aufgrund einer E-Mail von Thomas Obermayer darüber begonnen, ob die Aufsplittung der Produktgruppenbudgets in Aufwand und Ertrag nicht sinnvoller wäre als nur eine saldierte Abrechnung. Wir haben hin und her diskutiert und es ist enorm schwierig in dieser kurzen Zeit herauszufinden, was die Konsequenzen des Vorgehens wären. Darum beantrage ich die Rückweisung des Geschäfts. Und zwar nicht, weil es so wie es jetzt hier vorliegt, schlecht gemacht wäre, sondern weil wir Anträge haben, die schwierig zu besprechen sind, die



wir in den Fraktionen eingehend besprechen müssen und bei welchen ich auch gerne eine Meinung der RPK dazu hätte. Und zwar ein bisschen mehr als nur eine E-Mail von Stadtrat Markus Surber, wie die, die heute Morgen gekommen ist. Diese ist zwar sehr gut. Dennoch glaube ich, wenn wir solche Änderungen, wie die saldierte Abrechnung oder Aufwand / Ertrag heute einfach durchwinken, über Anträge bestimmen und alle mit Halbwissen abstimmen würden, ohne dass wir wissen, was das für uns als Stadtparlament, den Stadtrat und die städtischen Angestellten bedeutet, wäre das ein Schnellschuss. Aus diesem Grund ist mir die Rückweisung lieber. Ich habe das Ganze auch nochmals überdacht und auch kurz mit Thomas Obermayer besprochen, ob wir da durchgehen sollen, wie gehabt, das heisst, wir besprechen und verabschieden die uns vorliegenden Anträge der RPK und wählen somit den Weg über parlamentarische Vorstösse. Das wäre aber eine Möglichkeit, die garantiert länger dauert und somit sehe ich keine Möglichkeit, dies über Vorstösse so umzusetzen, dass wir das auf die nächste Budget-Periode entsprechend nach allen Wünschen oder gut abgesprochen drin haben. Darum bitte ich euch, den Antrag zurückzuweisen, damit wir die neuen Ideen, die neuen Anträge und Konsequenzen, hoffentlich in relativ kurzer Zeit besprochen haben und dann können wir vielleicht in der nächsten oder übernächsten Sitzung noch einmal darüber abstimmen. Merci vielmals.»

Der Vorsitzende informiert, dass dies ein Ordnungsantrag ist und deshalb sofort darüber diskutiert und allenfalls abgestimmt wird.

Diskussion

Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Frischknecht.

Peter Frischknecht: «Die Frage, ob man die ganze Globalbudgetverordnung auf ein komplett neues System umstellen soll, ist relativ kurzfristig aufgekommen. Bis heute hat die Stadt ein Netto-Globalbudget, das heisst Aufwände und Erlöse werden jeweils verrechnet und innerhalb dieses verrechneten Betrags kann die Verwaltung anschliessend arbeiten. Wenn man das nun auf ein Brutto-Globalbudget umstellen möchte, in dem die Erlöse und Aufwände separat betrachtet werden, ist das etwas, was man nicht einfach schnell aus dem Ärmel schütteln kann, sondern etwas, das man seriös vorbereiten müsste. Ich habe darum, als ich das gelesen habe, sofort vorgeschlagen, man solle doch trotzdem das, was jetzt über Wochen hinweg vorbereitet worden ist, vorerst in Kraft setzen. Anschliessend über einen Vorstoss anregen, dass man die Änderung des Systems im Nachgang grundlegend prüfen und einen entsprechenden Antrag stellen würde, ob und wie man das umsetzen soll. Ich finde es nicht gut,



wenn wir jetzt einfach beschliessen würden, dass wir das nochmals schnell zurückweisen, denn da steckt relativ viel Arbeit drin und es wäre sehr schade, wenn auch Verbesserungen, die jetzt in diesem Vorschlag bereits enthalten sind, nicht in Kraft treten könnten, nur weil wir noch einmal ein halbes Jahr darüber brüten müssen. Ich kann euch sagen, das wird nicht zwei Wochen dauern, sondern das wird länger dauern, bis wir so eine grundlegende Änderung aufbereitet hätten. Ich möchte euch daher darum bitten, dem Ordnungsantrag nicht zuzustimmen, das Geschäft heute mit oder ohne diese Änderungen, die ich dann nachher noch vorstellen würde, zu verabschieden und eine so grundlegende Änderung im Nachgang über einen Vorstoss zu lancieren. Besten Dank.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Britta Müller-Ganz.

Britta Müller-Ganz: «Nach dem Votum von Peter Frischknecht ist mir folgende Idee in den Sinn gekommen: Solche Situationen, wie gewisse, zeitaufwändige Anpassungen oder Umstellungen könnten mit einer Übergangsfrist geregelt werden. Man kann die gesetzlichen Grundlagen anpassen und hinsichtlich des Wechsels des Prinzips, wie zum Beispiel die Darstellung der Rechnung und des Budgets, eine Übergangsfrist von einem Jahr vorsehen, so dass man für die Umsetzung in der Praxis trotzdem genug Zeit hat.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Philemon Abegg.

Philemon Abegg: «Ich würde gerne wissen, welche Art von Ordnungsantrag jetzt vorliegt. Wenn ich Art. 37 der Geschäftsordnung anschau, haben wir entweder die Verschiebung der Beratung des Geschäfts, aber das weist es nicht an den Stadtrat zurück, sondern das würde einfach heissen, dass wir das später beschliessen. Und wenn wir die Diskussion schliessen, dann würden wir jetzt über die Zustimmung oder Ablehnung des Geschäfts beschliessen und nicht darüber, dass wir es zurückweisen und der Stadtrat das nochmals anschaut. Da hätte ich gerne noch Aufklärung.»

Der Vorsitzende: «Philemon Abegg, du hast völlig recht. Strenggenommen, gemäss unserer Geschäftsordnung, ist das eine Verschiebung. Wir haben kein Recht mit einer Verschiebung einen Antrag an den Stadtrat zu stellen. Das heisst, wenn wir das Geschäft einfach auf ein neues Datum verschieben, geben wir es somit nicht an den Stadtrat zurück. Der Stadtrat dürfte aber selbstverständlich auf den Änderungsantrag Stellung nehmen, aber das Geschäft wäre nicht zurück beim Stadtrat, sondern bleibt im Stadtparlament. Das ist richtig.»

Dominik Berner: «Das wäre auch in meinem Sinn.»



Der Vorsitzende: «Wenn die Verschiebung beschlossen werden würde, macht es Sinn, dass der Stadtrat in die Diskussion miteinbezogen wird und nicht das Stadtparlament selbständig irgendetwas versucht.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadtrat Markus Surber.

Stadtrat Markus Surber: «Zwei Sachen: Es wurden in der E-Mail von Thomas Obermayer im eigentlichen zwei Punkte aufgeworfen. Das eine ist die Darstellung im Buch und die ist unabhängig von der Verordnung. Über diese können wir diskutieren, die kann man verändern. Das andere ist die Frage, ob wir von der WoV abweichen wollen, und das ist eine Pandora-Büchse. Ob wir diese wirklich aufmachen wollen, da bin ich mir nicht so sicher. Es war ein langer Prozess, bis wir dort gewesen sind. Ich glaube, es ist nach wie vor sehr effizient und die grossen Städte im Kanton Zürich arbeiten so. Ich bin mir daher nicht so sicher, ob das eine gute Idee ist, dass man jetzt wieder auf eine kleinteilige, andere Art, ein Budget verabschieden will. Das sind meine zwei Sätze dazu.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Dominik Berner.

Dominik Berner: «Markus Surber, das, was du gesagt hast, das ist genau auch der Grund, warum ich denke, dass das Stadtparlament hier mehr Zeit braucht, um darüber zu beraten. Damit wir nicht sagen *«wir machen das»* und später heisst es *«Ups, jetzt haben wir das WoV aus Versehen auch noch gerade mit verabschiedet»*, sondern, dass wir uns genau diese Bedenkzeit nehmen. Es geht also eigentlich genau in diese Richtung, dass wir das sorgfältig prüfen können und uns auch eine Meinung machen können, die auf mehr Zeit und Diskussionen basiert als von Freitagabend bis Montagabend. Merci.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadtpräsident Mark Eberli.

Stadtpräsident Mark Eberli: «Vom Vorgehen her empfehle ich das, was Peter Frischknecht gesagt hat – dass das jetzt verabschiedet wird und wenn ihr einen politischen Vorstoss machen wollt, dann können wir das gerne machen.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadträtin Andrea Spycher.

Stadträtin Andrea Spycher: «Ich habe auch noch ein Votum aus dem Stadtrat, welches mir jetzt noch ein Anliegen ist, dies mitzuteilen. Ich finde es schade, dass dieser Antrag so kurzfristig aufgekommen ist. Wir hätten uns gewünscht, dass dieser in den Diskussionen von Antrag und Weisung an das Stadtparlament entstanden wäre. Ich glaube, so wie ihr das jetzt machen möchtet, das würde länger



dauern, als wenn ihr es über einen ordentlichen Vorstoss machen würdet, da es keine Frist für das Verfahren, welches ihr andenkt, gibt. In einem Vorstoss hat man genaue Fristen, die zu berücksichtigen sind. Wir denken, dass es eigentlich klassisch für einen Antrag wäre. Britta, ich glaube dieser Vorschlag einer Zwischenlösung würde die Verwaltung wieder massiv beanspruchen. Ich möchte an eure Vernunft appellieren, das so durchgehen zu lassen und im Nachgang, so wie es Mark Eberli und Markus Surber gesagt haben, mittels einem ordentlichen Vorstoss an die Hand zu nehmen. Das würde, glaube ich, den ganzen Prozess professionalisieren und wir denken, das würde viel besser kommen als das Ganze auf die Schnelle durchzudrücken.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Romaine Rogenmoser.

Romaine Rogenmoser: «Ich denke, wenn wir das Geschäft sauber aufgleisen wollen, müssen wir das jetzt zurückweisen. Wir sollten nicht vergessen, dass das unser Stadtparlament ist und es ist klar, dass der Stadtrat eine andere Haltung hat. Wir müssen aber die Lösung finden, die für uns gut ist und ich glaube, das hier ist jetzt eine vermurkste Sache. Ich glaube, wir sollten das retour geben und nachher eine saubere Geschichte daraus machen. Ich bitte euch dies zurückzuweisen.»

Der Vorsitzende interveniert: «Du meinst verschieben?» Romaine Rogenmoser bejaht dies.

Der Vorsitzende: «Ich würde gerne auch noch etwas als Parlamentarier sagen. Ich muss mich entschuldigen, ja, der Änderungsantrag ist tatsächlich sehr, sehr kurzfristig gekommen. Nämlich genau vor einer Woche. Es kann ab und zu in einem Milizparlament vorkommen, dass man gewisse Ideen relativ spontan hat, auch wenn sie schon lange herumgeistern. Es wäre aber auch unfair gewesen, wenn ich das jetzt nicht angebracht hätte und dann morgen einen Vorstoss zur Änderung eingereicht hätte. Daher habe ich diese Diskussion bewusst vor einer Woche angestossen, um zu schauen, wie es mit der Rückmeldung aussieht. Die Rückmeldung ist prinzipiell positiv, aber zu kurzfristig. Meine Idee mit dieser Verschiebung würde bedeuten, dass das Stadtparlament jetzt vorwärts machen kann. Ich könnte theoretisch morgen den Stadtrat und die verantwortlichen Personen zur Stellungnahme einladen und es wäre recht effizient. Wenn ihr also heute abschliesst und anschliessend einen Vorstoss einreicht, dann würde dieser frühestens an der nächsten Sitzung verabschiedet werden. Anschliessend wird es dem Stadtrat überwiesen. Dieser hat nochmals ein halbes Jahr Zeit und erst dann geht es wieder zurück an das Stadtparlament. Anschliessend geht das zirka mindestens neun Monate, wenn nicht sogar ein Jahr, bis dann ein Entscheid gefällt wird. Wenn man vorwärts machen und speditiv arbeiten will, sollten wir das jetzt verschieben und wir gehen die ganze Sache aktiv an. Das ist eigentlich gar nicht so eine blöde Idee. Ich plädiere weiterhin für die Verschiebung. Danke.»



Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Frischknecht.

Peter Frischknecht: «Ich glaube man verkennt bei dieser Frage, dass es nicht einfach nur darum geht, dass man jetzt ein bisschen mehr «A» oder ein bisschen mehr «B» macht. Wir pflegen in der Stadt Bülach das System des Globalbudgets seit über zehn Jahren immer nach dem Netto-Verfahren. Wenn man seriös zu dem Brutto-Verfahren wechseln wollen würde, muss man ein bisschen mehr Verstand investieren, damit das alles wieder zusammenpasst, als etwas, was man jetzt einfach gerade so schnell über die Bühne bringen kann. Es wäre schade um die Zeit, wenn in dieser Zeit die Verordnung nicht einmal in Kraft treten könnte, womit normal weitergearbeitet werden und parallel dazu überlegt werden könnte, ob man das System umstellen will. Ich plädiere immer noch dafür, dass wir den Prozess Schritt um Schritt machen. Ich habe nicht grundsätzlich etwas gegen die Idee, die hier im Raum steht. Ich finde das einen prüfenswerten Vorschlag, aber man muss es seriös prüfen und auch seriös umsetzen. Darum lieber Schritt um Schritt.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung über den Ordnungsantrag bezüglich Verschiebung der Beratung eines Geschäfts gemäss Art. 37 Abs. 1.1 GeschO

Das Stadtparlament hat mit Stichentscheid des Präsidenten mit 13 Ja- zu 12 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung die Beratung des Geschäfts verschoben.

Traktandum 6

Auflösung WoV-Organisation

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, es wolle beschliessen:

1. Die Koordinationsgruppe WoV wird per 31. Dezember 2023 aufgelöst.
2. Das Stadtparlament nimmt von der Auflösung des WoV-Ausschusses per 31. Dezember 2023 durch den Stadtrat Kenntnis.



Peter Frischknecht: «Genau gleich wie wir das Traktandum 5 verschoben haben, muss ich jetzt natürlich konsequenterweise den Ordnungsantrag stellen, dass wir auch dieses Geschäft verschieben. Wir haben immer gesagt, man könne diese WoV-Organisation erst abschaffen, wenn wir die neue Lösung haben. Das heisst, wir müssen das Geschäft genau gleich verschieben und dann wieder zur Behandlung bringen, wenn wir das Geschäft Globalbudgetverordnung behandeln.»

Der Vorsitzende: «Danke Peter, das ist völlig korrekt. Ich hätte den Antrag selbst gestellt. Ich habe bereits mit dem gerechnet. Also, Peter Frischknecht hat den Ordnungsantrag zur Verschiebung dieses Geschäfts beantragt. Auch da müssen wir sofort darüber diskutieren und darüber abstimmen.»

Diskussion

Der Vorsitzende übergibt das Wort Romaine Rogenmoser.

Romaine Rogenmoser: «Es tut mir leid, aber ich muss erneut intervenieren. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass «das Eine, das Andere» nicht braucht. Gesetzlich vorgegeben ist, dass es eine Globalbudgetverordnung hat, aber die WoV-Organisation, die braucht es eigentlich nicht, die können wir ersatzlos auflösen.»

Der Vorsitzende übergibt Patrizia Grütter das Wort.

Patrizia Grütter: «Weiss hier irgendjemand über die gesetzlichen Vorschriften genau Bescheid, respektive über die Verordnung oder die Regelungen? Denn ich finde auch, wenn wir es einfach verschieben und die WoV-Organisation wieder nicht auflösen, möchte ich lieber jetzt wissen, ob es überhaupt möglich wäre, die Organisation jetzt aufzulösen. Das wäre auch seitens der Fachkommission ein grosses Anliegen, dass wir diese Organisation endlich auflösen könnten.»

Der Vorsitzende klärt auf, dass das kein rechtliches Thema sei.

Patrizia Grütter: «Eine Verordnung ist ja schon ein rechtliches Thema. Aber die Frage von meiner Seite her ist, ob das problematisch ist? Ob die beiden Geschäfte zusammenhängen?»



Der Vorsitzende: «Sprechen wir jetzt von der Auflösung der WoV-Organisation? Lautet deine Frage, ob das zusammenhängen müsse.»

Patrizia Grütter: «Wenn jetzt eine Rückweisung käme, dann dürfte man ja jetzt eigentlich auch nicht über das Geschäft abstimmen. Nicht, dass wir eine Unachtsamkeit begehen.»

Der Vorsitzende übergibt Peter Frischknecht das Wort.

Peter Frischknecht: «Romaine hat natürlich insofern recht als man die Organisation tatsächlich abschaffen kann. Es ist einfach ein bisschen inkonsequent und darum habe ich das auch so beantragt, da wir immer gesagt haben, wir wollen die WoV-Organisation erst auflösen, wenn wir das andere haben, aber es gibt keinen rechtlichen Zusammenhang. Den rechtlichen Zusammenhang haben wir eigentlich vorher auf die Seite geschoben. Damit wir nach Globalbudget arbeiten können, bräuchten wir rechtlich gesehen eine solche Verordnung, aber die WoV-Organisation brauchen wir tatsächlich so nicht. Wir können sie durchaus abschaffen, ohne dass wir den Rest haben. Die Frage ist, ist das sinnvoll?»

Der Vorsitzende übergibt Stadtpräsident Mark Eberli das Wort.

Stadtpräsident Mark Eberli: «Da sind wir nun gleicher Meinung, Peter, vielen Dank. Ich bin auch der Meinung, da wir das jetzt schon so zum zweiten Mal traktandiert haben, wir müssen das nicht noch ein drittes Mal traktandieren. Ich glaube, die WoV-Organisation brauchen wir tatsächlich nicht. Danke.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung über den Ordnungsantrag bezüglich Verschiebung der Beratung eines Geschäfts gemäss Art. 37 Abs. 1.1 GeschO

Das Stadtparlament hat mit 7 Ja-Stimmen bei 18 Nein-Stimmen den Ordnungsantrag abgelehnt.

Eintretensdebatte

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der Kommission Bevölkerung & Sicherheit und der RPK vor.



Beide Kommissionen empfehlen das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Der Vorsitzende übergibt das Wort der Referentin der Kommission Bevölkerung & Sicherheit.

Patrizia Grütter: «Wir von der Fachkommission sind einstimmig der Meinung, dass wir die stillgelegte WoV-Organisation auflösen können. Wir haben das schon einmal beantragt und jetzt machen wir es zum zweiten Mal. Ich hoffe wirklich, dass wir es jetzt erledigen können. Danke.»

Es liegen keine Ergänzungen von Mitgliedern der Kommission Bevölkerung & Sicherheit vor.

Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Referenten der RPK.

Peter Frischknecht: «Wir schliessen uns dem an. Wir haben in der RPK dieser Auflösung ebenfalls zugestimmt. Auch wenn wir in der Reihenfolge etwas anderes gemacht hätten. Aber es gibt keinen Grund, diese nicht aufzulösen.»

Es liegen keine Ergänzungen von Mitgliedern der RPK vor.

Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.

Fraktionserklärungen

Es gibt keine Fraktionserklärungen.

Detailberatung

Es gibt keine Wortmeldung aus dem Stadtparlament.



Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigt die Auflösung der Koordinationsgruppe WoV rückwirkend per 31. Dezember 2023 mit 24 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Das Stadtparlament nimmt von der Auflösung des WoV-Ausschusses per 31. Dezember 2023 durch den Stadtrat Kenntnis.

Traktandum 7

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

Es gibt keine Fragen an die Kommissionen oder den Stadtrat.

Traktandum 8

Diverses

Information von Stadträtin Frauke Böni zu den neuesten Entwicklungen im Asylbereich.

Stadträtin Frauke Böni: «Gerne informiere ich Sie kurz zum Thema Flüchtlinge und Asyl. Wir wurden am Mittwoch, 31. Januar 2024, mittels Briefs vom Kanton über die Kontingenterhöhung von 1,3 Prozent auf 1,6 Prozent per 1. Juli 2024 informiert. Bis anhin musste Bülach bei einem Kontingent von 1,3 Prozent 307 Personen unterbringen und betreuen. Per 1. Juli 2024 sind es bei einem Kontingent von 1,6 Prozent 384 Personen. Aktuell sind wir gut aufgestellt und können die Situation bewältigen. Der Müliweg ist zurzeit voll ausgelastet. Weiter werden sieben grössere Objekte zur Unterbringung genutzt (u.a. im Soli, Gartenmatt, Feldstrasse, Erachfeldstrasse). Zudem sind Geflüchtete weiterhin bei Privaten untergebracht oder es sind fürsorgeunabhängige Personen, die in eigenen Wohnungen leben. Wir haben immer betont, dass die Unterbringung in Zivilschutzanlagen eine Notlösung ist. Bei der neuen Ausgangslage wird nun auch diese Option geprüft werden müssen. Und um die beliebteste Frage in diesem Zusammenhang auch gleich zu beantworten: Im Moment leben zehn Personen aus Hochfelden in Bülach. Wir prüfen nun in den kommenden Tagen im Detail, was die zusätzlichen 77 Personen bezüglich der Unterbringung und Betreuung durch unser Personal und die Freiwilligen bedeuten. Im Moment ist es noch verfrüht für konkrete Aussagen über mögliche Massnahmen und deren Umsetzung. Die Abteilungen Flüchtlinge und Asyl zusammen mit Bau und Infrastruktur arbeiten unter Hochdruck sehr gut zusammen und im Stadtrat werden wir die neue Situation und



Ausgangslage am 14. Februar 2024 besprechen. Ich bin auch im regen Austausch mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Bezirk Bülach und der Sozialkonferenz des Kantons Zürich. Wir werden selbstverständlich zeitnah kommunizieren, welche Massnahmen wir beschlossen haben. Ich bitte Sie um etwas Geduld, sicher haben Sie relevante und berechtigte Fragen, die Sie beschäftigen – ich bitte Sie aber im Moment aus Rücksicht auf meine Mitarbeitenden in der Abteilung auf individuelle Fragen und Auskünfte zu verzichten.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Traktandum 9

Informationen des Vorsitzenden

Überprüfung der Grundsatzbeschlüsse

Die Überprüfung der Grundsatzbeschlüsse findet in der nächsten Sitzung am 11. März 2024 statt. Änderungsanträge müssen dementsprechend bis am Freitag, 23. Februar 2024, beim Parlamentssekretariat zu Handen der Geschäftsleitung des Stadtparlaments eingereicht werden.

Rechtskraft der Beschlüsse

Gegen die Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtparlaments vom 6. November 2023 sind keine Rechtsmittel ergriffen worden. Die Rekursfrist lief bis am Montag, 11. Dezember 2023.

Gegen die Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtparlaments vom 11. Dezember 2023 sind keine Rechtsmittel ergriffen worden. Die Rekursfrist lief bis am Montag, 15. Januar 2024.

Rechtsbelehrung

Aus dem Stadtparlament gibt es keine Einwände betreffend der an der heutigen Sitzung behandelten Geschäfte.

Die Sitzung ist somit geschlossen. Ende der Sitzung: 19.50 Uhr.

Protokoll Protokoll
Behörde Stadtparlament
Beschluss-Nr.
Sitzung vom 5. Februar 2024



Bülach, 20. Februar 2024

Für die Richtigkeit:

Sandra Lobsiger
Parlamentssekretärin

Geprüft:

Thomas Obermayer
Parlamentspräsident

Stephan Ziegler
1. Vizepräsident

Andreas Scheuss
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Stadtparlaments
- Mitglieder des Stadtrats
- Mitglieder der Geschäftsleitung der Stadt Bülach
- Protokollsammlung